



An den Grossen Rat

15.5275.02

WSU/P155275

Basel, 8. Juli 2015

Regierungsratsbeschluss vom 7. Juli 2015

Interpellation Nr. 59 Mustafa Atici betreffend „Werkplatz Basel in Gefahr: Auswirkungen des starken Frankens für die Region – Massnahmen der Regierung?“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 3. Juni 2015)

„Seit der Aufwertung des Schweizer Frankens durch die Schweizerische Nationalbank herrscht in weiten Teilen der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft grosse Unsicherheit.

Die Gewerkschaften aber auch bürgerliche Ökonomen und Wirtschaftsvertreter warnen vor einer schleichenden Desindustrialisierung des Schweizer Werkplatzes und fordern die Wiedereinführung eines von der Nationalbank gestützten Mindestkurses für den Schweizer Franken.

Der Werkplatz in Basel-Stadt und in der Region Basel ist besonders exponiert:

- Besonders bedroht sind stark exportorientierte Branchen, deren Qualitätsprodukte weltweit einen hervorragenden Ruf geniessen. Angesichts der Währungssituation schwinden selbst bei guter Ertragslage die Gewinnmargen. Dies gefährdet direkt die Überlebensfähigkeit v.a. vieler erfolgreicher KMU.
- Gastronomie und Detailhandel leiden massiv unter der Abwanderung von Kundschaft ins grenznahe Ausland. Sowohl Arbeitnehmende als auch KMUs sind sehr verunsichert und befürchten eine dunkle Zukunftsentwicklung. Je länger die Frankenstärke dauert, desto schmerzhafter werden die Auswirkungen in unserer Grenzregion sein.

Daher bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat die Aufwertung des Schweizer Frankens für den Kanton Basel-Stadt?
2. Gibt es bezüglich Firmen Neuansiedlungen oder Abwanderung Meldungen oder Vergleichszahlen zum ersten Quartal des Vorjahres?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die politischen Massnahmen auf nationaler Ebene?
4. Unterstützt der Regierungsrat die Forderung nach der Wiedereinführung eines Mindestkurses für den Schweizer Franken?
5. Gedenkt der Regierungsrat, bei der Landesregierung und bei der Nationalbank zu intervenieren und wenn ja in welcher Form?
6. Mit welchen konkreten Massnahmen will der Regierungsrat die KMU unterstützen?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, mit verstärkten Investitionen und vorgezogener Beschaffung die lokalen KMU überbrückend zu stärken.
8. Gibt es konkrete Überlegungen, wie der Detailhandel gestärkt werden kann?
9. Wie hoch werden die Steuerausfälle im Kanton Basel-Stadt aufgrund des starken Frankens ausfallen?

Mustafa Atici“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Frage 1: Welche Auswirkungen hat die Aufwertung des Schweizer Frankens für den Kanton Basel-Stadt?

Die aktuelle Situation mit einem Eurokurs nahe 1.04 Franken stellt eine Herausforderung für die Unternehmen in der gesamten Schweiz dar. Neben der Stärke des Schweizer Franken spielt dabei auch die Unsicherheit über die Zukunft eine grosse Rolle. Der Regierungsrat ist jedoch davon überzeugt, dass die hier ansässigen Unternehmen durch stetige Innovationen und das Beibehalten der hohen Produktqualität auch bei einem starken Franken weiterhin wettbewerbsfähig bleiben können. So ist die Schweizer Wirtschaft im ersten Quartal 2015 zwar um 0.2% gegenüber dem Vorjahresquartal gesunken, und auch aktuelle Prognosen weisen für die Schweiz auf eine spürbare Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hin, eine anhaltende Rezession ist ihnen zufolge jedoch nicht zu erwarten. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass Basel-Stadt auch in den kommenden Jahren einer der Kantone mit der höchsten wirtschaftlichen Dynamik bleibt.

Schweizweit sehen sich vor allem exportorientierte Branchen aber auch Binnenbranchen wie der Detailhandel mit schwindenden Margen und Umsatzrückgängen konfrontiert. In Basel-Stadt dürften vor allem der Detailhandel und die Life Sciences-Industrie für einen Wachstumsrückgang gegenüber den Prognosen vor der Aufhebung des Mindestkurses verantwortlich sein. Während der Detailhandel den nochmaligen Anstieg des Einkaufstourismus spürt, wirkt sich auch eine geringere Wachstumssteigerung der Life Sciences-Industrie aufgrund ihres grossen Gewichts für den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt aus. Es ist davon auszugehen, dass die gesamtwirtschaftliche Wachstumsverlangsamung zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit in Basel führen wird.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass obwohl die allgemeine Konjunkturabkühlung moderat ausfällt, einzelne Unternehmen momentan mit grossen Schwierigkeiten hinsichtlich der preislichen Konkurrenzfähigkeit konfrontiert sind. Dies wird ebenfalls Auswirkungen auf den Kanton haben. Sämtliche Auswirkungen lassen sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht quantifizieren (vgl. auch Antworten auf Fragen 2 und 9).

Frage 2: Gibt es bezüglich Firmen Neuansiedlungen oder Abwanderung Meldungen oder Vergleichszahlen zum ersten Quartal des Vorjahres?

Aktuelle Daten zu den Neuansiedlungen aus dem Jahr 2015 werden erst im Frühjahr 2016 vorliegen. Die auf die gesamte Schweiz bezogenen Zahlen für 2014 zeigen, dass Investoren und ausländische Unternehmen bereits im vergangenen Jahr zurückhaltender geworden sind und die Zahl der Neuansiedlungen in der gesamten Schweiz abgenommen hat. In der von BaselArea betreuten Region Basel konnten im Jahr 2014 93 Neuansiedlungen – und somit nur geringfügig weniger als im Vorjahr – realisiert werden. Es zeigt sich damit, dass die Region nach wie vor attraktiv ist. Diese Zahlen stimmen positiv für die Zukunft, auch wenn angesichts der aktuellen Situation rund um den schwachen Euro mit einer Abnahme der Dynamik gerechnet werden muss.

Bezüglich der Abwanderungen liegen keine Daten vor, die einen Vergleich zwischen dem ersten Quartal 2014 und dem ersten Quartal 2015 erlauben würden.

Insgesamt sollte berücksichtigt werden, dass der Zeitraum seit Mitte Januar 2015 bis heute zu kurz ist, um Entwicklungen zuverlässig zu beurteilen.

Frage 3: Wie beurteilt der Regierungsrat die politischen Massnahmen auf nationaler Ebene?

Der Bundesrat hat Ende Januar 2015 mit der Entscheidung, Kurzarbeitsentschädigung zu gewähren, eine konjunkturelle Massnahme getroffen, die der Regierungsrat begrüsst. Es handelt sich hierbei um eine sehr gezielte Massnahme, die direkt und unbürokratisch bei den Unternehmen ankommt.

Darüber hinaus teilt der Regierungsrat Basel-Stadt die Ansicht des Bundesrats, dass in der aktuellen Situation langfristige und nachhaltige Massnahmen zur Entlastung der Unternehmen, zur Stärkung des Standortes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen den Vorrang haben sollten.

Ein Konjunkturprogramm könnte zu wenig auf die hauptsächlich betroffenen Unternehmen ausgerichtet werden und es würde deren Probleme nicht nachhaltig lösen.

Frage 4: Unterstützt der Regierungsrat die Forderung nach der Wiedereinführung eines Mindestkurses für den Schweizer Franken?

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung, dass sich die volkswirtschaftlichen Verwerfungen mit einem Festhalten an einem Mindestkurs zumindest kurz- und mittelfristig hätten vermeiden bzw. mildern lassen. Da die Kompetenz zur Festlegung eines solchen Kurses aber abschliessend bei der Schweizerischen Nationalbank liegt, können solche Forderungen bestenfalls deklamatorische Wirkung entfalten. Es sei an dieser Stelle auch daran erinnert, dass die Nationalbank seit Festlegung eines Euro-Mindestkurses immer wieder darauf hingewiesen hatte, dass es sich um eine temporäre Massnahme handelte.

Frage 5: Gedenkt der Regierungsrat, bei der Landesregierung und bei der Nationalbank zu intervenieren und wenn ja in welcher Form?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 4 angesprochen, liegt die alleinige Kompetenz zur Festlegung eines Mindestkurses bei der Schweizerischen Nationalbank. Sie hat sich auf Grundlage öffentlich bekannter Überlegungen dazu entschlossen, die temporäre Massnahme eines Mindestkurses von 1.20 des Schweizer Franken zum Euro aufzuheben. Interventionen seitens des Regierungsrates sind nicht geplant.

Frage 6: Mit welchen konkreten Massnahmen will der Regierungsrat die KMU unterstützen?

Für stark betroffene KMU steht nach wie vor die Kurzarbeitsentschädigung zur Verfügung. Damit bekommen diese Unternehmen die Möglichkeit, konjunkturell schwierige Zeiten zu überbrücken und gewinnen Zeit. Sollte ein Stellenabbau für einzelne Unternehmen dennoch unumgänglich sein, ist der Regierungsrat bemüht, in Gesprächen mit den betroffenen Unternehmen eine sozialverträgliche Lösung für die Mitarbeitenden zu finden.

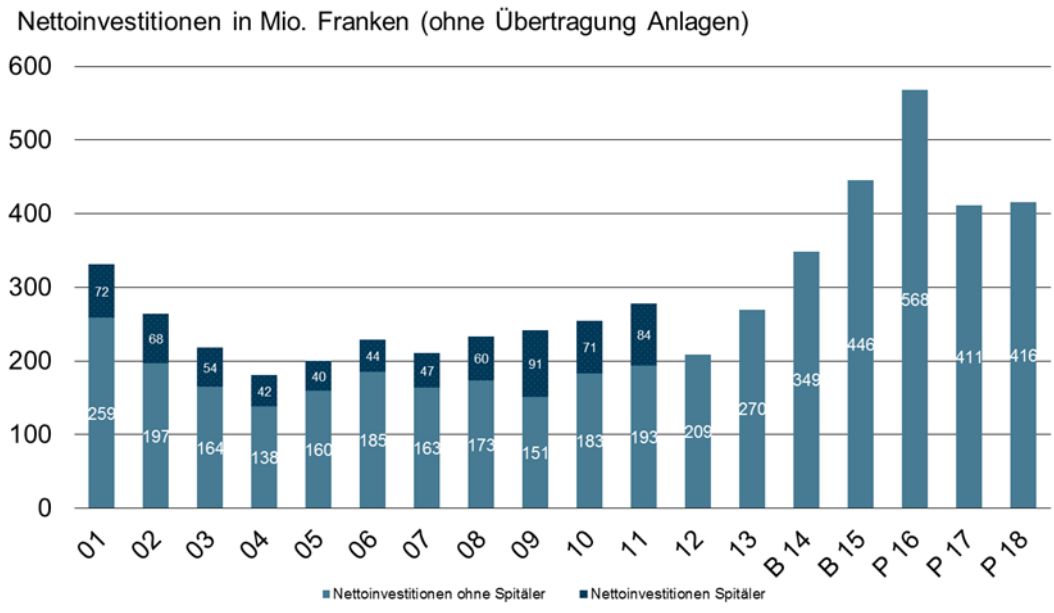
Um die aktuelle Situation zu entschärfen und die Planungssicherheit für die Unternehmen zu verbessern, setzt sich der Regierungsrat Basel-Stadt dafür ein, dass Seitens des Bundes alles Mögliche getan wird, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Schweiz rasch, spürbar und nachhaltig zu verbessern (administrative Vereinfachungen, z.B. Mehrwertsteuer, Investitionen in die Bildung, weitere Massnahmen zur besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, wirtschaftsverträgliche Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative; rasche und nachhaltige Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III).

Der Regierungsrat will darüber hinaus – zusammen mit den Nachbarn Basel-Landschaft und Jura – die Innovationsförderung in der Region spürbar stärken. Schweizer Unternehmen gehören be-

reits heute zu den innovativsten der Welt. Innovationen und Qualität gewinnen im aktuellen Umfeld jedoch weiter an Bedeutung, weshalb der Kanton Basel-Stadt die Innovationsförderung vor allem auch für KMU stärken und ausbauen möchte. Eine hohe Innovationsdynamik stärkt den Wirtschaftsstandort und sichert Arbeitsplätze. Durch Multiplikatoreffekte zieht die Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Forschungs- und Entwicklung weitere Arbeitsplätze in anderen Bereichen mit sich.

Frage 7: Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, mit verstärkten Investitionen und vorgezogener Beschaffung die lokalen KMU überbrückend zu stärken.

Das Investitionsvolumen des Kantons ist im langjährigen Vergleich bereits auf einem sehr hohen Stand. Gemäss Budget 2015 betragen die Nettoinvestitionen 446 Mio. Franken. Diese Investitionen haben in erheblichem Ausmass positive Wirkungen auf die regionalen KMU. Auch in den kommenden Jahren sind überdurchschnittlich hohe Investitionen geplant, insbesondere in standortwirksamen Bereichen wie Verkehr und Bildung.



Der Regierungsrat möchte also auch in naher Zukunft massgebliche Investitionen tätigen, was positive Auswirkungen auf die KMU haben wird. Jedoch wäre es nach Ansicht des Regierungsrates nicht sinnvoll, das Investitionsvolumen einzig aus konjunkturellen Gründen zu verändern. Denn erstens hat die Erfahrung im In- und Ausland gezeigt, dass sich die konjunkturelle Entwicklung über staatliche Investitionen kaum steuern lässt – die Vorlaufzeiten von Grossprojekten sind dafür zu lange. Zweitens wäre es mit Blick auf die längerfristigen Auswirkungen auch nicht sinnvoll, aus kurzfristigen konjunkturellen Überlegungen eine höhere Verschuldung anzustreben.

Frage 8: Gibt es konkrete Überlegungen, wie der Detailhandel gestärkt werden kann?

Dies geschieht unter anderem mit der fortlaufenden Umsetzung des Gestaltungskonzepts Innenstadt, mit dem Verkehrskonzept Innenstadt sowie mit der Förderung des Tourismus. Diese hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Übernachtungen im Kanton in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 gegenüber dem Vorjahr um 7% gestiegen ist. Viele Massnahmen werden jedoch ihre Wirkung erst mittel- oder langfristig entfalten. Der Regierungsrat ist zudem bereit, weitere Vorschläge des Detailhandels zu prüfen.

Frage 9: Wie hoch werden die Steuerausfälle im Kanton Basel-Stadt aufgrund des starken Frankens ausfallen?

Dazu lassen sich noch keine Aussagen machen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin